

Regierungsbildung veranlaßt, beschlossen, den Partelausschuß zum Sonntag, den 21. Januar, nach Berlin einzuberufen.

Das Kabinett gebildet.

Berlin, 19. Jan. Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bauernischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Brücker vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben...

Heute noch keine Regierungserklärung.

Berlin, 19. Jan. Auf die Tagesordnung der morgigen Reichstags-Sitzung, die nachmittags 3 Uhr beginnt, ist die Entgegennahme einer Regierungserklärung noch nicht angelegt worden.

Die „Times“ zur deutschen Kabinettskrise.

London, 19. Jan. Die mislungenen Versuche Dr. Brücker bei der Kabinettsbildung haben die „Times“ heute zu längerem Ausführungen Anlaß. Das Blatt meint, man dürfe nicht verhehlen, daß Dr. Brücker ein neutrales Kabinett bilden soll.

An Deutschland drohe das wirtschaftliche Problem als andere zu verdrängen. Die Arbeitslosigkeit nehme ständig zu. Panzertruppe seien zahlreich. Die Kredite beschränkt. Der Handel verliere einen Markt nach dem anderen.

Gegen den Besuch Italiens.

Wien, 19. Jan. Der deutsche Schulverein Südmittel erklärt einen Aufruf gegen den Besuch Italiens. Er fordert die Österreicher auf, das den Brüdern in der Absichtsbüchse gegebene Wort einzulösen und das italienische Staatsgebiet zu vermeiden.

Das Verbot deutscher Schilder in Tschechien gefährdend.

Prag, 19. Jan. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof verurteilt heute die Entscheidung über mehr als 100 Bescheidungen, welche von Gemeinden, zahlreichen Gastwirten, Hoteliers und Einzelgewerbetreibenden gegen die im Inkraftsein vom Handelsministerium betriebenen Entscheidungen der Gewerbebehörden über die Sprache der Schilder, Aufschriften usw. erhoben worden waren.

Polnische Besetzung der Westerplatte.

Danzig, 19. Jan. Der Völkerbundskommissar teilte vor einigen Tagen dem Senat mit, daß Polen beschlossene, schon jetzt die militärische Wache für das Munitionsdock auf der Westerplatte einrichtet. Am gestrigen Tage sind ein Offizier und 22 Mann auf der Westerplatte eingetroffen.

Keine Verschiebung der Abrüstungskonferenz.

Berlin, 19. Jan. Wie von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, ist mit einer Verschiebung der Konferenz der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstungskommission nicht zu rechnen. Die Konferenz wird am 15. Februar zusammentreten.

Pariser Vortrag Einsteins über die Universalität Jerusalem.

Paris, 19. Jan. Prof. Einstein, der zur Einweihung des Völkerbundamtes für zeitliche Zusammenarbeit nach Paris gekommen ist, hat heute vor der Vereinigung französischer-Palast in Anwesenheit des Direktors der Universität Paris, des sozialistischen Abgeordneten Victor Duruy, und einer Anzahl Gelehrter, Schriftsteller und Künstler über die Bedeutung und das Funktionieren der Universalität Jerusalem einen Vortrag gehalten.

Schanghai von Tschangtscholin genommen.

Paris, 19. Jan. Die Nachrichten-Agentur Indo Pazifik berichtet aus Peking, Tschangtscholin Tschuppen hätten nach einem Kampfe Schanghai besetzt. Die 4. Armee Kwansichung sei auf dem Rückzug begriffen. Es sei eine Beweisschlacht im Gange, um die Rückkehr des zurückgetretenen früheren Präsidenten der Republik Li-Juan-Schou, der nach der Vertreibung noch 83 Tage offiziell Präsident von China ist, durchzuführen.

Die Berliner Explosions-Katastrophe.

Berlin, 19. Jan. Nach den bisherigen Feststellungen zur Berliner Gasexplosion sind fünf Leichen geborgen worden. Die als tot gemeldete Ehefrau Langner lebt und ist unverletzt. Schwer verletzt sind sechs Personen, darunter zwei Kinder. Nicht verletzt drei Personen. Es besteht die Möglichkeit, daß noch weitere Leichen unter den Schuttmassen liegen. Das 23jährige Kind der Familie Schröder konnte noch nicht geborgen werden.

Frankreich und der Besatzungsstandal.

v. Soefsch bei Briand.

Paris, 19. Jan. Nachdem Vizekonsul v. Soefsch bereits vor einigen Tagen mit dem Generalkonsul im Außenministerium Philipp Vertémet die Frage der Stärke der Besatzungstruppen in der 2. und 3. Zone besprochen hatte, hat er nunmehr heute abend mit dem Ministerpräsidenten Briand hierüber verhandelt und ihm den Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage klargelegt.

Von amtlicher deutscher Seite wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Nachdem der deutsche Vizekonsul v. Soefsch vor einigen Tagen wegen der Verhinderung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Stärke der französischen Besatzungstruppen in Rheinland bei dem Generalkonsul des französischen Außenministeriums vorstellig geworden war, hatte er gestern nachmittags in der gleichen Angelegenheit eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Briand gehabt.

Eine Anfrage zum Besatzungs-Schandal.

Berlin, 19. Jan. Am Reichstag ist eine Interpellation der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der es u. a. heißt, daß nach englischen Zeitungsmeldungen der Unterabdruck des Besatzungsprotokolls vorgeschlagen habe, die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbliebenen Besatzungstruppen auf etwa 75000 Mann zu beschränken.

Der Kampf gegen Versailles.

Reims, 19. Jan. An der heutigen Sitzung des Repräsentantenhauses, in der mit 329 gegen eine Stimme die 50000 Dollar für Genf bewilligt wurden, brachte der Abgeordnete Berger eine Resolution ein, nach der Präsident Coolidge der Genfer Konferenz die Revision des Versailler Vertrags anheimstellen sollte.

Der Rundsunk im besetzten Gebiet.

Koblenz, 19. Jan. Die zwischen der deutschen Behörde und der französischen Rheinarmee gepflogenen Verhandlungen...

gen über den Rundsunk, der am Anfang des Monats in Wiesbaden zum Abschluß gelangt ist, haben in den Anweisungen des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee über den Rundsunk in dem von der französischen Rheinarmee besetzten Gebiet vom 8. Januar eine Niederchrift erlassen.

Eine Erklärung des Jungado.

Von der Leitung des Jungdeutschen Ordens in Sachen Welt und zu dem Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung mitgeteilt: Zwei ehemalige Ordensangehörige der Bailei Niederhessen des Jungdeutschen Ordens, die Herren Dr. Fenge und Dr. Schaumlöffel, hatten in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, wonach die angebliche Ausrittswelle mit Frankreich zurückzuführen sei.

Frankreich als Mäcker zwischen Schweiz und Rußland.

Basel, 19. Jan. Wie die „Basler Nachrichten“ aus Bern melden, handelt es sich bei der Nacht, die sich in der Frage des schweizerisch-russischen Verhältnisses vermittelnd befaßt hat, angeblich um die französische Regierung, d. h. inlands, durch Vermittlung des französischen Botschafters in Bern.

Volksbegehren über die Fürsten-Abfindung.

Der kommunistische Antrag eingegangen.

Berlin, 19. Jan. Mit dem kommunistischen Antrag auf Herbeiführung eines Volksentscheides über die Fürstenabfindung, der gestern bei der Reichsregierung eingegangen ist, ist zum ersten Male ein Antrag auf Volksentscheid von einer größeren Gruppe gestellt worden. Erfahrungen über Volksbegehren und Volksentscheid liegen in Deutschland noch nicht vor.

Auch die Sozialdemokratie für ein Volksbegehren.

Berlin, 19. Jan. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, dem Vorliegende des Parteivorstandes beizustimmen und den Antrag auf Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung zu stellen. Man war der Meinung, daß trotz des Verhaltens der Kommunisten ein selbständiges Vorgehen der Sozialdemokraten am Platze sei.

Das Schiedsgericht als Ausweg der Mittelparteien.

Berlin, 19. Jan. Die Bestrebungen der Mittelparteien, die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern auf dem Wege eines Schiedsgerichts zu regeln, stimmen mit einem Vorschlag überein, den der Dresdener Oberverwaltungsgerichtsrat Prof. Dr. Koellreuter im neuesten Heft der „Deutschen Juristenzeitung“ macht.

weltgehende Mitarbeit von Vertretern der Fürsten vorzuziehen. Die Behandlung der Fürstenabfindung als bloße wirtschaftliche Parteifrage lehnt er ab, weil sich der deutsche Staat durch die finanzielle Ausdehnung mit den Fürsten zur Erfüllung seiner sozialen, sozialen und kulturellen Aufgaben nicht unfähig machen lassen dürfte.

Die Verhandlungen im Rechtsauschuß.

Berlin, 19. Jan. Im Rechtsauschuß des Reichstages gab nach Erörterung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den früheren Herrscherhäusern von Württemberg und Hessen-Darmstadt für Medlenburg-Schwerin der Ministerpräsident v. Brücker eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß zwischen dem Lande Medlenburg-Schwerin und dem ehemaligen Großherzog ein Vertrag über die Auseinandersetzungen und die von dem ehemaligen Vorköniglichen und den Mitgliedern der landesherrlichen Familie abzugebenden Verzicht- und Anerkennungserklärungen geschlossen worden sei.

Der Vertreter der Reichsinnenminister erklärt.

Regierung habe keine Rechtsgrundlagen zu einer Anweisung an alle Landesregierungen, daß bis zum Abschluß der Fürstenabfindung jede Verkauf aus dem Besitz der Fürstenhäuser verhindert werden müsse.

Berlin, 19. Januar. Fehren und Mauer haben im Zusammenhang mit den Forderungen des Arbeiterverbandes ihre Vorkandsamter im Zentralverband der Landarbeiter niedergelegt.